

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 48 (1968-1969)
Heft: 11

Artikel: Die Doppelersatzwahl in den Bundesrat Ende 1940
Autor: Maurer, Rudolf
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-162168>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Doppellersatzwahl in den Bundesrat Ende 1940

Eine historische Miniatur

RUDOLF MAURER

Als Hannibal vor den Toren Roms stand, marktete man dort um das Landstück, auf dem das Lager des Puniers stand. Eine ähnliche Demonstration von Bürgersinn und Gelassenheit, doch auch Illustration für die Probleme des Bundesstaates und der Demokratie, waren die Auseinandersetzungen um die Wahl zweier neuer Bundesräte in den Monaten November und Dezember 1940.

Von Baumann und Minger zu Kobelt und von Steiger

Die Meldung vom Rücktritt Johannes Baumanns und Rudolf Mingers aus dem Bundesrat am 8. November 1940 rief einige Beunruhigung hervor, nicht nur weil damit nach dem Tode Giuseppe Mottas und dem Abgang Karl Obrechts im vorausgegangenen Januar und Juli im gleichen Jahr insgesamt vier Vakanzen in der Landesregierung eingetreten waren.

Dass Baumann, der 66jährige ehemalige Ständerat von Appenzell-Ausserrhoden, nach sechs Jahren Tätigkeit als Chef des Justiz- und Polizeidepartementes seinen Abschied nahm, begriff man zwar, fühlte sich doch der stille Magistrat in den aufgewühlten Zeiten nicht mehr richtig heimisch. Weshalb trat aber der erst 59jährige Minger, «busper» wie er sich doch noch fühlte, zurück? Er hatte zwar seinen Entschluss mit dem Hinweis auf seinen alten Vorsatz, nur 10 Jahre dem Departement vorstehen zu wollen, plausibel gemacht und auch durch das Zusammenfallen mit demjenigen Baumanns abgedeckt. Jeder scharfe Beobachter, der hinter der Bodenständigkeit des Schüpfeners seinen Sinn für politische Taktik nie übersehen hatte, veranschlagte aber auch Mingers Unbehagen angesichts des scheinbar unvermeidbaren Sieges der Achsenmächte als Rücktrittsgrund mit.

Den Anspruch der bernischen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei auf Mingers Sitz bestritt keine Partei ernsthaft. Die Kandidatur des Sozialdemokraten Robert Bratschi war nur eine Demonstration; diejenige des damaligen Gesandten in Vichy, des frühern freisinnigen Nationalrates Walter Stucki, wurde, aufgestellt von Walter Boveri, nur von Jungliberalen kräftig unterstützt, und gar diejenige des damaligen Landwirtschaftsfachmannes, des späteren Bundesrates Fritz T. Wahlen, lanciert vom Landes-

ring, hatte, da parteipolitisch zu wenig fundiert, keine Chancen. Aus dem vom erweiterten Zentralvorstand der Berner BGB gemachten Doppelvorschlag wählte die Fraktion derselben Partei den bloss an zweiter Stelle genannten damaligen Regierungsrat Eduard von Steiger aus, der auch die entscheidende Unterstützung der beiden grossen bürgerlichen Fraktionen erhielt. Die Ersatzwahl für Minger kam denn auch schon im ersten Wahlgang zustande:

	von Steiger	Bratschi	Wahlen	Stucki	Feldmann	andere
<i>Stimmen</i>	130	56	13	7	12	8

Für den andern Sitz hatten die bürgerlichen National- und Ständeräte der Westschweiz den Neuenburger Regierungs- und Ständerat Ernest Béguin zur Annahme einer sogenannten welschen Einigungskandidatur überredet. Dessen Person aber stiess auf solchen Widerstand in Parteien und Presse, dass ihn die radikal-demokratische Fraktion, die ihn mit 32 von 54 Stimmenden auch zu ihrem Kandidaten gemacht hatte, wieder fallenliess und am Vorabend der Wahl mit 28 von 53 Stimmenden an seine Stelle den Walliser Nationalrat Camille Crittin setzte. Dieser wurde immerhin offiziell unterstützt von der BGB und – freilich sehr widerstrebend – von den Konservativen.

Dieses wenig überzeugende Vorgehen der Freisinnigen begünstigte regionale und parteipolitische Sonderaktionen. Die Ostschweizer Freisinnigen hielten an ihrem schon früh aufgestellten Manne, dem St. Galler Regierungs- und Nationalrat Karl Kobelt, auch in der Fraktion fest und erhielten Sukkurs vom Landesring, der Kobelt schliesslich offiziell nominierte. Nach dem Fallenlassen Béguins machte die liberale Fraktion den schon zuvor oft genannten Neuenburger Obersten und Rechtsgelehrten Claude Du Pasquier zu ihrem Kandidaten. Kurz vor der Wahl öffnete sodann das «Journal de Genève», gefolgt von der «Neuen Zürcher Zeitung», Befürwortern (die sich auch in der radikal-demokratischen Fraktion fanden) des damals in Genf tätigen Basler Diplomaten und Historikers Carl J. Burckhardt seine Spalten. Mit dem von der sozialdemokratischen Fraktion vorgeschlagenen St. Galler Rechtsanwalt und Nationalrat Johannes Huber war die Reihe der am 10. Dezember in die Wahl gelangenden Persönlichkeiten vollständig.

Erst nach einem zähen Ringen in fünf Wahlgängen wurde Karl Kobelt zum Bundesrat gewählt:

<i>Wahlgang</i>	Kobelt	Crittin	Du Pasquier	Huber	Burckhardt
1.	42	62	44	51	13
2.	59	61	48	40	14
3.	84	89	44	3	–
4.	103	95	23	–	–
5.	117	98	–	–	–

Landesteile und Parteien

Wie heikel eine gerechte Verteilung der Bundesratssitze auf rivalisierende Regionen und Parteien ist, zeigte sich einmal mehr vor allem bei der Besetzung des Sitzes von Bundesrat Baumann. Die *Ostschweiz* drang auf Erfüllung ihres «gerechten Anspruchs». Man konnte darauf verweisen, dass sie seit 1848 stets mindestens einen, und zwar sehr oft markanten, Bundesrat gestellt hatte. Nach dem Appenzeller Baumann und seinem Vorgänger, dem Thurgauer Heinz Häberlin, war, obwohl dieser in den Regierungsräten und eidgenössischen Parlamentariern Alfred Müller und Paul Altwegg seine Jünger besass und auch Glarner Nationalräte als Kandidaten genannt wurden, nun doch St. Gallen wieder an der Reihe. Unter dessen vor allem genannten Magistraten trat Nationalrat Ludwig Rittmeyer, den die Jungliberalen nur ungern preisgaben, hinter seinen ältern Kollegen, Regierungsrat Karl Kobelt, zurück. Geschickt und diszipliniert wurde seine Kandidatur in Presse und Fraktion vertreten.

Neben die Ostschweiz – deren Gewicht sich übrigens auch innerhalb der BGB-Fraktion gegenüber gewissen Berner Kandidaturen bemerkbar machte – trat fordernd die *Westschweiz*. Seit dem Wahlgang von 1934, wo Jean-Marie Musy durch Philipp Etter ersetzt worden war, harrte die «Promesse» der Erfüllung, diesen Verlust ihrer Zweiertvertretung im Bundesrat rückgängig zu machen. Trotz seither fünf Gelegenheiten war es aber (nicht zuletzt, wie sich auch jetzt wieder zeigen sollte, aus eigener Schuld der Welschen) noch nicht so weit. An der Anerkennung einer welschen Doppelvertretung fehlte es nämlich nicht. Gegenstimmen freilich meldeten sich auch – etwa in der «Tagwacht», wo man eine Honorierung der (bei der Ablehnung der Vorunterrichtsvorlage am 1. Dezember 1940 angeblich erneut demonstrierten) welschen Staatsverdrossenheit abwies. Eine gewisse Masslosigkeit welscher Kreise trug fürs erste zum Misserfolg ihrer Anliegen bei. Wenn das «Journal de Genève» zwar sogar die Kandidatur des Baslers Burckhardt unterstützte, so forderten andere Zeitungen recht schrill «Gerechtigkeit» und lehnten gleichzeitig jedes Mitspracherecht der deutschen Schweiz bei der Auslese – es betraf dies besonders die Kandidatur von Professor Paul Logoz – ab. Die Uneinigkeit war diesmal weniger innerregional bestimmt. Freilich fielen ja auch die mehrheitlich konservativen Kantone Freiburg und (die letzte Phase des Kampfes ausgenommen) Wallis sowie der unselig isolierte Berner Jura aus. So kamen nur Genfer oder Neuenburger als eventuelle Bundesräte in Frage. Von den ersten hätte neben dem liberalen Staats- und Nationalrat Albert Picot vor allem dessen freisinniger Kollege Adrien Lachenal grosse Chancen gehabt. Dieser wies aber einmal mehr, nach aussen hin selbstlos, die beinahe unterwürfigen Bitten seiner Fraktionskollegen zurück.

Der Gegensatz zwischen welschen Radikalen und Liberalen indessen war diesmal dafür besonders scharf. Die Zusammenkunft aller bürgerlichen National- und Ständeräte im Lausanner Bahnhofbuffet zur Bestimmung einer welschen Einheitskandidatur – die sich vorteilhaft abzuheben versprach von der Dreierkandidatur im Juli 1940 – war nur scheinbar verheissungsvoll. Ganz herrische Mehrheitspartei, betrachteten dort nämlich die Radikalen liberale Kandidaten als inopportun und liessen die Wahl nur zwischen ihren Neuenburger Vertretern in Bern, Albert Rais, Henri Berthoud und Ernest Béguin offen. Die Liberalen besaßen aber, abgesehen von den recht breit gelagerten Sympathien für den ihnen nahestehenden Claude Du Pasquier – in ihren angesehenen Genfer und Lausanner Zeitungen noch scharfe Waffen. Hier wurde denn auch die Anpreisung Béguins als eines Ehrenmannes «à défaut de vues très hautes ou d'une culture poussée» hämisch zitiert; nach Béguins Fall gar ritt Pierre Grellet in der «Gazette de Lausanne» auf Crittin eine Attacke, ein Meisterstück giftig-geschliffener Journalistik.

Nicht nur in der Westschweiz wurde natürlich die Rivalität der Parteien sichtbar. Stand dabei die Zweiervertretung der Konservativen im Bundesrat nicht zur Diskussion (lastete aber anderseits diese Partei wegen ihres Gewichtes in der Bundesversammlung auf der Kandidatenauslese), so blieb doch abzuklären, ob die Verteilung der übrigen fünf Bundesratssitze – kein Sozialdemokrat, vier Freisinnige, ein Bauernvertreter – noch wünschbar und gerechtfertigt war.

Was den letzten betrifft, so zog niemand ernstlich die Vertretung der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, 1929 gegen die Freisinnigen durchgesetzt, in Zweifel. Gerade jetzt, da der «Nährstand» im Zeichen der Anbauschlacht zu neuen Leistungen herangezogen werde, müsse er an der Regierungsverantwortung beteiligt sein. Damit stand aber auch fest, dass der Berner Bundesratssitz vergeben war – Vermutungen über eine schliessliche Wahl Markus Feldmanns für Glarus, seinen Heimatkanton, oder diejenige eines Welschen oder Aargauers waren unrealistisch. In Bern war die BGB führende Partei – obwohl sie seit der Jungbauernsezeession etwas an Gewicht verloren hatte –, und die andern grossen Berner Parteien anerkannten denn auch deren Vortritt. Die Freisinnigen taten es, nicht ohne bestimmte Präferenzen anzumelden (sie galten Feldmann, von dem Ernst Schürch im «Bund» schrieb, er hätte für das liberale Erbgut mehr getan als mancher Freisinnige), an einer Zusammenkunft im Café Dällenbach in Burgdorf. Auch die Sozialdemokraten opponierten nicht ernsthaft. Schon dass deren gewichtigste Persönlichkeit, Regierungs- und Nationalrat Robert Grimm, nicht kandidierte, zeigte dies. Die BGB selbst präsentierte ja auch mit von Steiger und Feldmann zwei respektable Kandidaten. Ihre andern Grössen mit mehr bauern- als staatspolitischem Gewicht, die Regierungs- und Nationalräte

Hans Stähli, Max Gafner, Paul Guggisberg und Hans Gfeller, hatten verzichtet oder waren zurückgestellt worden. So konnten sich die verbleibenden Gegenkräfte kaum entfalten. Walter Stucki, dessen Stunde offenbar vorbei war, hatte seine Anhänger – obwohl sich auch Liberale, Freisinnige und sogar Sozialdemokraten für ihn aussprachen – eigentlich nur mehr unter den Jungliberalen.

Nationalrat Johannes Huber, neben dem auch sein Kollege August Roth aus Arbon als möglicher Anwärter genannt worden war, markierte für die Ostschweiz die Präsenz der Sozialdemokraten – ohne Aussichten: Wenn überhaupt, so würde die Bundesversammlung der Linken am ehesten noch aus Zürich – der Achtungserfolg Emil Klötis hatte 1938 darauf hingewiesen – einen Bundesrat zugestehen. Das sagte freilich nur zum Teil etwas aus über die Haltung der bürgerlichen Parteien zu einer Vertretung der Sozialdemokratie im Bundesrate. Auf eine entsprechende Anfrage des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes Ende November 1940 antworteten nur die Konservativen offen ablehnend. Die Freisinnigen hingegen beobachteten offensichtlich eine wohlwollende Neutralität; die BGB hatte schon 1938 mehrheitlich für Klöti gestimmt, und die (freilich kleine Gruppe) der Zürcher Demokraten forderte ausdrücklich eine Berücksichtigung der Sozialdemokraten.

Das Mitspracherecht zur persönlichen Seite des sozialdemokratischen Anspruches gab man dabei nicht auf. Von Robert Grimm schrieb Gottlieb Duttweiler – in der «Tagwacht» der «Besudelung» geziehen – in dunklen Sätzen von den nicht vergessenen 22 Jahren (seit 1918) und dem notwendigen «Charakter». Die Persönlichkeit von Johannes Huber wurde in freisinnigen und liberalen Blättern und in der «Tat» als «vielgewandt», ja «hautement indésirable» abgelehnt. Nach dem vorauszusehenden Misserfolg der Linken am 10. Dezember 1940 waren, den Leserbriefen in der «Tagwacht» nach zu schliessen, gar viele bitter enttäuscht. Dennoch war das Terrain auch jetzt wieder weiter vorbereitet worden, und drei Jahre später konnte mit Ernst Nobs der erste Sozialdemokrat in den Bundesrat Einsitz nehmen.

Lange hatte sich die Linke, Opfer einer bürgerlichen Verzögerungsidee, vorgestellt, es könnten gleich deren zwei sein – nach *Erhöhung der Bundesratszahl* auf neun. Die Ende 1940 noch der Abstimmung harrende sozialdemokratische Initiative auf Volkswahl des Bundesrates war mit dieser Forderung verkoppelt; im Juli 1940 hatte Grimm, ganz ehrgeiziger Neuerer, sich selbst und Huber durch eine Verfassungsänderung auf dem Vollmachtenwege den Weg in die Landesregierung ebnen wollen. – Dass das Problem der Bundesratserweiterung eigentlich eher technischer Art war, unterstrich im Dezember-Wahlkampf 1940 der Zürcher Landesring-Nationalrat Hermann Walder mit seinem Vorschlag, das Militär- und Volkswirtschaftsdepartement zu teilen und neu einen Techniker («im Zeitalter der Technik») und einen Landwirtschaftsfachmann zu wählen.

Kandidatenauslese

Bei Bundesratswahlen war bisher – ausgenommen immerhin die Wahl Robert Haabs 1917 – besonders auf die Erfahrung als kantonaler Regierungsmann und als Parlamentarier geschaut worden. Dieses Kriterium spielte auch 1940 seine Rolle. Kobelt hatte seine sechs Jahre Regierungsrat und ein Jahr Nationalrat hinter sich; von Steiger buchte für sich ein Jahr Arbeit im Regierungsrat, dazu, gleichsam als Ersatz für die fehlende Mitgliedschaft im Nationalrat, 25 Jahre Tätigkeit im Grossen Rat. Béguin sass seit 22 Jahren im Regierungs- und seit 19 Jahren im Ständerat, Crittin vertrat damals das Unterwallis seit 12 Jahren. Auch die grosse Mehrheit der sonst Genannten stammte aus den Reihen der kantonalen Regierungen und der eidgenössischen Räte. Die Gewichte wurden freilich im Bedarfsfalle etwas eigenartig – und das Ganze relativierend – eingeschätzt: So zog man Feldmann, dem Nationalrat seit 1935, von Steiger, den Nicht-Nationalrat und Regierungsrat erst seit 1939, vor...

«Neuen, unverbrauchten Kräften» Platz machen zu wollen, hatte Rudolf Minger in seinem Demissionsschreiben erklärt, und er hatte damit den Ruf nach «Jugend» eingeleitet. Ohne ganz neu zu sein – 1934 war Etter als 43jähriger gewählt worden – besass er gerade 1940 seine besondere Kraft, wenn er auch nicht nur von demokratischen Vorbildern inspiriert sein mochte. Aus dem Demissionsalter Mingers konstruierten die einen gleich eine Altersgrenze. Vor dem 61jährigen von Steiger gaben dem 18 Jahre jüngern Feldmann viele innerhalb und ausserhalb seiner Partei den Vorzug, und Fritz T. Wahlen war «last but not least» Duttweilers Mann wegen seiner damals bloss 41 Jahre. Gegenüber dem 49jährigen Kobelt – der seinerseits durch den sechs Jahre jüngern Rittmeyer konkurrenziert wurde – fiel Béguin, Jahrgang 1879, stark ab. Bürgerlichen Blättern gab sich Gelegenheit, den Sozialdemokraten die Überalterung ihrer Führung – Huber 61jährig, Grimm 59jährig – anzukreiden. Besonnene Stimmen wie Ernst Schürch warnten immerhin vor dem Kult mit dem Taufschein und führten Gegenbeispiele – Pétain – an.

Unterschwellig verband sich, wenigstens bei den neuen politischen Gruppen, mit der Forderung nach Jugend die Idee des die Schwierigkeiten der Zeit magisch bezwingenden Führers. Noch helvetisch-bieder klang dies, wenn Gottfried Guggenbühl einen Mann, geschaffen aus «Holz, das nicht fault», forderte. Auf einen weniger demokratischen Ton war aber schon die von Pierre Grellet erträumte «noblesse de l'âme» gestimmt. Ein Inserat des Gotthardbundes gar präsentierte, reichlich überspannt, einen Idealkandidaten mit «gläubiger Seele». Immerhin fehlte es auch in diesem Bereich nicht an nüchterneren Stimmen; ein Leser in der «NZZ» meinte, ein Bundesrat müsse eigentlich nur die gleichen Eigenschaften haben wie der Leiter eines Grossunternehmens.

Wenn für die künftigen Landesväter fachliche Qualitäten gefordert wurden, so war dies ein Schritt zurück in eine ab und zu – so bei der Wahl des Industriekapitäns Walter Stampfli oder des Vertrauensmannes der Finanzwelt Ernst Wetter – beobachtete Tradition. So wurden denn Ende 1940 die Kandidaten der Parteien nicht zuletzt auch als kommende Leiter der wieder zu besetzenden Departemente ausgewählt.

Für das Justiz- und Polizeidepartement schien ein Jurist der gegebene Mann. Dies bestimmte innerhalb der bernischen BGB die Kandidatenauslese, obwohl dort einmal mehr auch juristenfeindliche Stimmen laut geworden waren und sich zuerst auch Anwärtler auf das Militärdepartement gemeldet hatten. Béguin verdankte seine Nomination auch seinem Advokatenstande, und in der Fraktion zitierte ein Kollege die Komplimente eines Bundesrichters für die juristischen Qualitäten des dennoch Umstrittenen.

Die Nachfolge Mingers wollte man nur einem hohen Offizier anvertrauen. Diese Überlegung trug bei zum schliesslichen Erfolg Kobelts, Stabschef zuerst einer Division und sodann eines Korps; sie führte auch zur Aufstellung ephemerer Kandidaturen eines ganzen Schwarms hoher Kommandanten aus den Kantonen Aargau, Bern und Neuenburg – hier traten sie neben Du Pasquier, der fachlich weniger einseitig erschien. Dasselbe Argument wurde, wenn es dabei auch gleich Departementsverschiebungen abgesetzt hätte, angeführt von den Freunden Stuckis, Burckhardts und Wahlers.

Musste ein künftiger Bundesrat nicht vor allem auch innenpolitisch «tragbar» sein? Diese Frage wurde natürlich in erster Linie für die Sozialdemokraten bedeutsam, doch spielten Auseinandersetzungen zwischen der Linken und der Rechten auch anderswo eine Rolle. So war Stucki den einen als Initiant einer Art Volksfrontversuchs nicht genehm; auch Feldmann stand etlichen innerhalb und ausserhalb seiner Partei zu weit links. Wäre er der offizielle Kandidat seiner Fraktion geworden, so hätte er in der Tat der Unterstützung durch die Sozialdemokraten sicher sein können. Sein siegreicher Konkurrent, von Steiger, eher rechtsstehend, war seinerseits den Konservativen auch deshalb genehmer. Béguin wurde als Vertreter der Neuenburger Kommunistenverbotspolitik bald gelobt, bald verschrien; Du Pasquier war – schon seines Namens wegen? – den Sozialdemokraten als «Reaktionär» verhasst. Bei Crittin schliesslich wurden diese Konstruktionen, diesmal weniger im sozial- als im kulturpolitischen Sinne, sowohl für seine Aufstellung in zwölfter Stunde wie für seinen Misserfolg entscheidend: Die Konservativen, deren Fraktion seiner Kandidatur nur unter Druck mit bloss 18 zu 16 Stimmen zugestimmt hatte, verwarf schliesslich diesen Antiklerikalen.

Besonders wenn sie die Westschweiz anging, konnte es in einer Bundesratswahl ohne Erwägungen zum Gegensatzpaar Föderalismus–Zentralismus

nicht abgehen. Sogar schon für die Berner spielten sie eine Rolle: Welsche Journalisten warfen Feldmann, dem Vorkämpfer für den Ausbau des Presse-rechts, bald leiser, bald lauter «excès de centralisation» vor; von Steiger in-dessen fand als Spross des Berner Patriziates – dessen geschichtliche Leistung man offensichtlich missdeutete –, aber auch seiner Sprachgewandtheit wegen in der Westschweiz Sympathien. Vor allem betrafen diese Diskussio-nen natürlich die welschen Kandidaten selbst. Der Hohn, der in der «Ga-zette de Lausanne» auf Crittin ausgeschüttet wurde, wollte auch den «centra-lisateur à vues étroites» treffen. Die Nomination Professor Paul Logoz', zu der gewisse Freisinnige, die Zürcher Demokraten und selbst einige Sozial-demokraten Hand geboten hätten, war der «Suisse» unannehmbar: Hatte Logoz nicht seinerzeit als Berichterstatte im Nationalrat das eidgenössische Strafgesetzbuch – dazu noch in mit deutschen Zitaten durchsetzten Voten! – befürwortet?

Es war Krieg. Man stritt sich um zwei Bundesratssitze in einer Zeit, da die Achsenmächte in ihrem Zenith standen. Bomben auf England, Offensiven gegen Griechenland machten klar, dass sie die Herrschaft auf dem Kontinent weiter auszubauen gedachten, und Morde in Rumänien demonstrierten in jenen Tagen auch künftige Rücksichtslosigkeit. Konnte da die Schweiz, presse- und wirtschaftspolitisch ohnehin schon arg bedrängt, als Bundesräte Persönlichkeiten wählen, die von den Diktatoren als Provokation empfunden würden? Solche und ähnliche Überlegungen, die ebenso wie die Forderung nach weiterer Stützung der Pressefreiheit das Wesen der Demokratie und die Taktik der Diktaturen verkannten, wurden tatsächlich angestellt. Eine (freilich nicht ernstgenommene) Stimme aus Genf empfahl die Wiederwahl des schillernden Jean-Marie Musy, weil er die Achtung des Auslandes ge-niesse; Ähnliches wurde von andern zugunsten C. J. Burckhardts vorge-bracht.

Die aussenpolitischen Erwägungen konzentrierten sich aber vor allem auf die Doppelkandidatur Feldmann/von Steiger. Jener hatte sich als Redak-tor und Nationalrat den Ruf eines kompromisslosen, doch nie ausfälligen Kämpfers für Demokratie und Rechtsstaat erworben; diesem rühmte man diplomatisches Geschick und gute Beziehungen zur deutschen Gesandt-schaft nach. Welcher war jetzt, Ende 1940, der am besten geeignete Bundes-rat? Während die grosse Mehrheit seiner Berner Parteifreunde zu Feldmann hielten, lehnten ihn verschiedene seiner Kollegen in der eidgenössischen Fraktion als «ausserpolitisch untragbar» ab. Entscheidend für den Erfolg dieser Meinung wurde die Stellungnahme konservativer Parlamentarier. Schon drei Wochen vor der Wahl las man im «Vaterland», die Kandidaten müssten den heutigen Verhältnissen angepasst sein, und als in der BGB-Fraktionssitzung Anfang Dezember mitgeteilt wurde, der Vorstand der katho-lisch-konservativen Fraktion habe sich einige Tage zuvor «eindeutig» für

die (angeblich «staatsmännischere») Kandidatur von Steiger entschieden, war es um Feldmanns Aussichten geschehen. Die Vorwürfe gegen ihn – nach aussen hin schützte man natürlich meist andere vor – waren übrigens auch sachlich nicht gerechtfertigt. Von Bibra, Feldmanns Feind auf der deutschen Gesandtschaft, habe bei der angeordneten Suche nach deutschfeindlichen Äusserungen des Chefredaktors der «Neuen Berner Zeitung» nichts Belastendes gefunden, und andererseits hätten sich italienische Kreise gegenüber Feldmann positiv geäussert. Wer die Hebel bei dieser Eliminierung anlegte, bleibt im dunkeln. Die Feststellungen und Berichte im Tagebuch des Unterlegenen über Verbindungen der deutschen Gesandtschaft zu einflussreichen Parlamentariern sind indessen sehr plausibel, wenn auch nicht durch veröffentlichte offizielle Dokumente gestützt.

Zur Ehre der politischen Schweiz müssen hier sogleich Gegenstimmen zu Worte kommen. In einer Fraktionssitzung der Freisinnigen kritisierten der Waadtländer Ständerat Norbert Bosset und der Zürcher Nationalrat Armin Meili die Beeinflussung durch das Ausland; Redaktor Eugen Kopp, ein Gesinnungsfreund Ernst Schürchs, beklagte im «Vaterland» die «demütige und widerwärtige Zumutung», nämlich die «Rücksicht auf Stimmung und Mienenspiel des Auslandes».

Parlament und Volk

Aus nicht weniger bedeutsamen, wenn auch nicht sensationellen Erscheinungen, die das mehr Technische der Bundesrats-Ersatzwahl betreffen, wäre manches näherer Darstellung würdig: Zusammensetzung und Zahl der die Kandidaten aufstellenden «Wahlmänner»; die bei der BGB in einem Vorstadium auftauchende Idee der Doppelkandidatur; die ganz ungleich befolgte Fraktionsdisziplin. Beschränken wir uns aber auf eine kurze Betrachtung des Verhältnisses von Partei und Fraktion bei der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei.

Mit vierzehn gegen elf Stimmen hatte deren eidgenössische Fraktion aus einem Doppelvorschlag von Steiger zu ihrem Kandidaten gemacht, obwohl der Zentralvorstand der bernischen BGB mit 54 gegen 19 Stimmen Feldmann an die erste Stelle gesetzt hatte. Der eigenartigerweise von aussen – vom Vorstand der Oberbaselbieter Bauernpartei – erhobenen Forderung, diesen Fraktionsentscheid abzuändern, schloss sich der Leitende Ausschuss der bernischen BGB sogleich an. Doch es war zu spät: Die Zustimmung seitens der beiden grossen bürgerlichen Fraktionen durfte nicht mehr gefährdet werden; die bernische Partei blieb desavouiert.

Die offiziellen Wahlinstanzen waren natürlich nur ein Teil der unter den Parlamentariern wirkenden Kräfte. Unmutig forderte die «Nation», die

Namen der «Königsmacher» sollten veröffentlicht werden, und sie hatte dabei wohl drei Persönlichkeiten im Sinn: Alt Bundesrat Edmund Schulthess hatte zwar persönliche Ziele zurückgestellt, betätigte aber seinen aussenpolitisch unglücklichen Ehrgeiz in der Stellungnahme gegen Feldmann. Nationalrat Heinrich Walther, der alte Spezialist der Bundesratswahlen, wirkte, wohl ebenfalls aus aussenpolitischen Erwägungen, desgleichen gegen den Chefredaktor der «Neuen Berner Zeitung». Unerquicklich Politisches und Persönliches vermengend, agitierte der Aargauer Roman Abt schliesslich gegen seinen Berner Parteifreund. Dass Feldmann seinerzeit, 1930, seine Ausfälle gegen die Presse tiefer gehängt hatte, vergalt er – «politicien retors et rusé» nannte ihn das «Journal de Genève» – ihm nun mit zähem Hasse.

Eben hier muss noch weiter kurz der Presse gedacht werden, weniger mit dem Hinweise darauf, dass Redaktor Feldmann von seinen Kollegen als Bundesratskandidat teilweise sehr herzlich begrüsst wurde; vielmehr sei das Wirken der kleinen Zahl von Bundeshauskorrespondenten unterstrichen: Dank ihrem Spürsinn, ihren Beziehungen bis in vertrauliche Sitzungen hinein und dank ihrer Formulierungskunst verschafften sie sich einen Einfluss, der nicht immer durch volles Verantwortungsgefühl und Erstklassigkeit gerechtfertigt war. Dies wurde glücklicherweise aufgewogen durch die Haltung führender Redaktoren, die sich nicht scheuten, im gegebenen Moment institutionelle Missstände oder Verbeugungen vor dem Ausland zu geisseln.

Professoren, besonders aus Zürich, dann aber auch viele Junge, Studenten, Offiziere, Arbeiter vertraten die «Vox populi» in Zuschriften an Zeitungen; mit den Inseraten des Gotthardbundes und Walter Boveris tauchte daneben eine neue, finanzielle Kraft demonstrierende und bald verschwommenen, bald zielgerichteten Einflusswillen verheissende Komponente im Wahlkampfe auf. Noch mehr zeugte von der Anteilnahme des Volkes: Die Delegiertenversammlung der Neuen Helvetischen Gesellschaft erliess ihren Aufruf zur Kandidatenauslese, und für Oberst Du Pasquier zirkulierten in der Westschweiz Unterschriftenbogen, auf denen man neben insgesamt über dreihundert Namen diejenigen von Grössen der Armee, der Wirtschaft und des Geisteslebens – C. F. Ramuz', Robert de Traz', Gonzague de Reynolds und anderer – entdeckte.

In Bern strömte man gar, eingeladen von den Jungliberalen, zu einer Versammlung über die Bundesrats-Ersatzwahl in den Alhambraaal, und in Zürich trommelte der Gotthardbund zweitausend Bürger zusammen. Reden wurden gehalten, Resolutionen gefasst und, das war die modernste Form der Willensäusserung, die Teilnehmer aufgefordert, einem Parlamentarier ihrer Wahl die Meinung kundzutun. Aus einem Teil der tatsächlich nach Bern geströmten Brief- und Telegrammflut, ausgewertet in der «NZZ», ging hervor, dass man vor allem das zu etwas Mutigem ermahnende Wort

Zwingli anrief und – neben neun andern – Fritz T. Wahlen, Claude Du Pasquier und Walter Stucki gerne als Bundesräte gesehen hätte.

War die Stunde der Volkswahl des Bundesrates angebrochen? Eine entsprechende Initiative der Sozialdemokraten harrte damals ja der – schliesslich ablehnenden – Volksabstimmung. Oder sollten die Reformen die Bundesversammlung als Wahlinstanz betreffen durch Reduktion der Mitgliederzahl und Beschränkung der Amtsdauer der Nationalräte? Der St. Galler Landesring-Nationalrat Otto Pfändler errechnete sich – in der Abstimmung 1942 freilich enttäuschte – Chancen für sein eben zur Unterschrift vorliegendes entsprechenden Volksbegehren. Musste die Erneuerung vom Parlament selbst ausgehen? Der Nationalratspräsident für 1940/41, der Aargauer Emil Nietlispach, machte sich jedenfalls gleich nach seiner Wahl an die Verbesserung der Sitzungspräsenz, ohne mit seinen etwas schulmeisterlichen Vorkehrungen auf viel Gegenliebe zu stossen...

Das Unbehagen gegen Parlament und Parteien liess sich aber, genauer gesehen, wohl gar nicht positiv in Reformen umwandeln. Das Parlament war in der Tat nichts anderes als das Spiegelbild einer Schweiz, die viel vom Schwung und Idealismus früherer Jahre verloren hatte und in der die Elite durch Demokratisierung allzuweit zurückgedrängt worden war. Doch daran dachte man 1940 selten, weckte die äussere Bedrohung doch viel wirkliche Opferbereitschaft und Arbeitskraft. So konnte man im alten Wort von den zwei die Eidgenossenschaft lenkenden Kräften einmal mehr das Gewicht verlegen von der «confusio hominum» auf die «providentia Dei».

Quellen und Publikationen: Dieser Beitrag wurde verfasst aufgrund von Protokollen bernischer und schweizerischer Parteigremien und Fraktionen (BGB, Freisinnig-demokratische Partei, Konservative Volkspartei, Sozialdemokratische Partei), des Tagebuches Markus Feldmanns, sowie Presseberichten (Basler Nachrichten, Der Bund, Gazette de Lausanne, Journal de Genève, La Suisse, Die Nation, Neue Berner Zeitung, Neue Zürcher Zeitung, St. Galler Tagblatt, Berner Tagwacht, Die Tat, Vaterland, Weltwoche).

Südtirol – Anachronismus oder Zukunftsmodell?

HARTMUT WASSER

Europa steht heute zweifelsohne vor seiner endgültigen territorialen Befriedung. Der «deutsche Revisionismus» mit seinem Drang gen Osten lebt zwar als Popanz weiter in den eintönigen Propagandakampagnen sowjetrussischer